

Berlin, 21. Juni 2018

Herausgeber:

Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Telefon 030 590099-594
Telefax 030 590099-519

www.bga.de info@bga.de

Autor:

Marcus Schwenke
Abteilungsleiter Import
marcus.schwenke@bga.de

AUßENWIRTSCHAFT FREIHANDEL

Executive Summary

1. Vorwort

2. Plädoyer für den Freihandel

- 2.1. Freihandel fördert Wirtschaftswachstum
- 2.2. Freihandel fördert die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit
- 2.3. Freihandel hat existenzielle Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsmodell
- 2.4. Freihandel stärkt bestehende und schafft neue Arbeitsplätze
- 2.5. Freihandel vergrößert die Produktvielfalt und Qualität
- 2.6. Freihandel verschafft Verbrauchern niedrigere Preise
- 2.7. Mittelstand profitiert besonders vom Abbau von Handelsbarrieren
- 2.8. Freihandelsabkommen können für den Schutz regionaler Produkte weltweit sorgen
- 2.9. Die Globalisierung in Form des Handels schafft Wohlstand in der Welt und trägt maßgeblich zur Armutsbekämpfung bei
- 2.10. Freihandel fördert den Frieden zwischen Nationen

3. Minderung der negativen Auswirkungen des Freihandels (auf die Beschäftigung)

4. Freihandel und Nachhaltigkeit

5. Ausblick

Executive Summary

Der BGA setzt sich für Freihandel mit sozialem und umweltverträglichem Charakter ein. Freier Handel hat nicht nur existenzielle Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsmodell, sondern ist darüber hinaus auch weiterhin für die Welt wichtig. Die Globalisierung in Form des Handels schafft weltweit Wohlstand und trägt maßgeblich zur Armutsbekämpfung bei.

Freier Handel hat grundsätzlich einen positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum, fördert die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, stärkt bestehende und schafft neue Arbeitsplätze. Gerade der Mittelstand profitiert besonders vom Abbau von Handelsbarrieren.

Freihandel vergrößert zudem die Produktvielfalt, verbessert die Qualität von Produkten und trägt dazu bei, dass sie Verbrauchern zu niedrigeren Preisen zur Verfügung stehen. Über den Schutz regionaler Produkte in Freihandelsabkommen kann ein regelbasierter Freihandel sogar dazu beitragen, die Einzigartigkeit regionaler und traditioneller Spezialitäten zu bewahren.

Schließlich hat die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ländern infolge von freiem Handel die Wirkung eines Friedensprogramms. Je mehr Völker und Staaten über den Handel miteinander verbunden sind, umso unwahrscheinlicher wird es, dass sie miteinander Krieg führen.

Der strukturelle Wandel infolge des Freihandels führt in manchen Fällen dazu, dass nicht alle Wirtschaftsbranchen gleichermaßen von der Öffnung der Märkte profitieren. Doch strukturelle Änderungen entstehen durch eine Vielzahl von Entwicklungen und sind nur am Rande eine Folge von freiem Handel. Wenn manche Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren gehen, hat das heutzutage mehr mit der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung zu tun als mit dem Freihandel. Die Politik eines Landes sollte möglichst so ausgestaltet werden, dass die positive Wirkung des Freihandels für alle spürbar wird und die Verlierer des Freihandels Unterstützung erfahren.

Freihandelsabkommen können weltweit Nachhaltigkeit fördern. Es darf allerdings nicht der Eindruck entstehen, dass einem Handelspartner die eigene Anschauung und die eigenen Nachhaltigkeitsstandards aufoktroiert werden sollen. Jedes Land sollte grundsätzlich dafür verantwortlich sein, seinen eigenen Entwicklungspfad zu entwerfen und zu definieren, welche Rolle Handelspolitik dabei spielen soll. Der BGA lehnt Wirtschaftssanktionen ab, die die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards in anderen Ländern erzwingen sollen.

Der Freihandel ist derzeit kein Selbstläufer. Es ist notwendig, dass die Politik wesentlich größere Anstrengungen unternimmt, der Gesellschaft die Vorteile des freien Handels und offener Märkte besser zu erklären. Protektionistische Alleingänge einzelner WTO-Mitglieder haben zudem die Notwendigkeit aufgezeigt, den regelbasierten Handel im Rahmen der WTO weiter zu stärken.

1. Vorwort

In den letzten Jahren ist das Konzept des Freihandels zunehmend ins Scheinwerferlicht geraten. Der Begriff Freihandel ist in der Zivilgesellschaft angekommen und polarisiert. Viele Bürger haben inzwischen damit negative Assoziationen – ein Resultat von konzertierten NGO-Kampagnen der letzten Jahre, die Misstrauen gegenüber dem Prinzip offener Märkte geschürt haben.

Der Freihandel selbst hat zudem starken Gegenwind bekommen. Insbesondere durch Entwicklungen wie das Scheitern der Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, der Ausweitung der westlichen Sanktionspolitik gegenüber Russland und dem Iran, dem Aufstieg populistischer Parteien sowie die protektionistischen Muskelspiele des US-Präsidenten Trump. Darüber hinaus verzeichnet die WTO weiterhin einen Anstieg von neuen Handelshemmnissen weltweit. Von Oktober 2016 bis Oktober 2017 kamen 108 neue Barrieren in Form von Zöllen, Zollverfahren oder Quoten hinzu¹. Dabei kam es in den letzten Jahren mehr und mehr zum Einsatz nicht-traditioneller Formen des Protektionismus. Diese bestanden überwiegend aus nichttarifären Handelshemmnissen, die im Vergleich zu Zollsätzen von Natur aus weniger transparent und nur schwer zu regulieren sind. Laut einer ifo-Studie² wurden nicht-tarifäre Handelshemmnisse seit der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise vermehrt als protektionistische Instrumente eingesetzt und sind für rund 16% der festgestellten Verlangsamung des internationalen Handelsvolumens im letzten Jahrzehnt verantwortlich.

Allerdings hat der Freihandel auch mit positiven Ereignissen Schlagzeilen gemacht. Mit dem WTO-Abkommen zu Handelserleichterungen und der Erweiterung des Informationstechnologieabkommen (ITA) konnte die WTO zwar keinen Befreiungsschlag landen, aber immerhin wieder sichtbare Lebenszeichen von sich geben. Zudem gelang es der EU, sich jüngst mit Kanada und Japan auf moderne Freihandelsabkommen zu einigen.

Je populärer und umstrittener das Thema wird, umso stärker ist der Trend zu bemerken, dass sich Politiker inzwischen lieber für einen „fairen Handel“ einsetzen, anstatt den Freihandel zu verteidigen. Dies kann man nicht nur in den letzten Reden und Mitteilungen der EU-Kommission erkennen, sondern der Begriff „fairer Handel“ dominiert auch im aktuellen Koalitionsvertrag von Union und SPD.

Diese Entwicklung sollte mit Sorge betrachtet werden, denn im Gegensatz zum Freihandel ist die Bedeutung von „fairem Handel“ völlig unklar. Es ist ein untaugliches Konzept, das es sich immer aus der Perspektive des jeweiligen Betrachters bestimmt. Dieser kann in diesen Begriff all das hineinlesen, was zu seiner Anschauung passt. Für den einen ist beispielsweise Handel unfair, wenn ein Land dem anderen mehr Waren oder Dienste verkauft, als es von dort bezieht. Für den anderen ist Handel nur fair, wenn auf beiden Seiten der exakt gleiche Lohn gezahlt wird.

Freier Handel hingegen folgt einem klaren Konzept: Freihandel wird angestrebt, wenn mindestens zwei Nationen ihre Einschränkungen für den Handel abbauen. Dazu zählen etwa Zölle, Importgrenzen oder gar Importverbote. Unterm Strich definiert sich Freihandel also grundlegend durch das Fehlen von Bürokratie und Vorschriften.

¹ WTO, Trading environment annual report by the Director General, 16. Nov. 2017

² Felbermayr, Gabriel, Luisa Kinzius und Erdal Yalcin, *Hidden Protectionism: Non-Tariff Barriers and Implications for International Trade*, ifo Forschungsberichte 91, ifo Institute, 2017

2. Plädoyer für den Freihandel

Der BGA fordert, den Freihandel nachdrücklich zu unterstützen. Dieser kann unilateral, d.h. einseitig, plurilateral oder multilateral im Rahmen der WTO sowie mittels bilateraler oder regionaler Freihandelsabkommen verwirklicht werden. Dabei stellt die Liberalisierung des Handels im Rahmen der WTO für den Außenhandel weiterhin die beste Option dar, da nur multilaterale Verhandlungen einen umfassenden und gleichmäßigen Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen weltweit gewährleisten. Insbesondere für die deutsche mittelständische Wirtschaft, die verstärkt auf den Weltmärkten als Beschaffer bzw. Lieferant auftritt, bietet die WTO mit ihren einheitlichen, klaren und verbindlichen Regeln Vorteile gegenüber komplexen bilateralen bzw. regionalen Freihandelsregelungen.

Unter dem Eindruck des Brexit und der Politik von US-Präsident Donald Trump entdecken immer mehr Bürger in Deutschland ihre Sympathie für den Freihandel wieder. Laut einer Umfrage von Mitte letzten Jahres des Instituts für Demoskopie Allensbach halten es mittlerweile 82 % für wichtig, dass Deutschland mit anderen Staaten freien Handel betreiben kann. 63 % glauben, dass die deutsche Wirtschaft von der Globalisierung profitiert - zwischen 2015 und Ende 2016 waren es nur knapp über 50 Prozent.

Dennoch ist es wichtiger denn je in Zeiten von „alternativen Fakten“ und „fake news“ die Fahne des Freihandels hochzuhalten und die Gründe zu benennen, warum Freihandel für Deutschland und darüber hinaus für die Welt weiterhin wichtig ist.

“Free trade, one of the greatest blessings which a government can confer on a people, is in almost every country unpopular.” Baron Thomas Babington Macaulay, Brit. Historiker, 1824

2.1. Freihandel fördert Wirtschaftswachstum

Die Erschließung neuer Märkte schafft mehr Absatzmöglichkeiten, wodurch Skaleneffekte realisiert werden können. Empirische Untersuchungen zeigen, dass die Globalisierung – und damit auch die Entwicklung des internationalen Handels – nicht nur einen positiven Gesamteinfluss auf das Wachstum der Weltwirtschaft, sondern auch die Reduktion der Armut aufweist. Ein Großteil der Wirtschaftswissenschaftler tritt daher für freien Welthandel ein. Insbesondere auch, da sich Protektionismus im Handel erwiesenermaßen nicht als wohlfördernd für Volkswirtschaften erwiesen hat.

Ein positiver Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Freihandel kann unstrittig festgestellt werden. Infrage gestellt wird vereinzelt lediglich die Kausalität: Liegt das Wachstum am gesteigerten Handel oder verursacht ein ansteigendes Wirtschaftswachstum eine Intensivierung des internationalen Handels? Diese Frage kann inzwischen bejaht werden, denn eine überwältigende Mehrheit der Studien belegt den positiven Einfluss des Handelsvolumens auf das Wirtschaftswachstum³.

Grundsätzlich kann man sagen, dass der Freihandel auch gut für das Wachstum aller Länder ist. Die Weltbank hat festgestellt, dass selbst Entwicklungsländer, die ihre Handelsbarrieren senken einen Anstieg ihres Bruttonationaleinkommens erleben. In den Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts wuchs das Pro-Kopf-Einkommen dreimal schneller in den Entwicklungsländern, die ihre Handelsschranken senkten (5 % pro Jahr), wie in anderen Entwicklungsändern (1,4 % pro Jahr).

³ Singh, T. (2010), „Does International Trade Cause Economic Growth? A Survey“, World Economy, 33, S 1517-1564

Beispiel EU-Südkorea

Wie gut Freihandel für beide Seiten funktionieren kann, zeigen die Erfahrungen mit dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea. Die EU-Ausfuhren nach Südkorea (Korea) sind seit Beginn der Anwendung des FHA um 59,2 % gestiegen. Das Handelsdefizit der EU, das im Jahr 2010 noch 11,6 Mrd. EUR betrug, hat sich in einen Handelsüberschuss von 3,1 Mrd. EUR im Jahr 2016 verwandelt.

Die EU-Ausfuhren von Kraftfahrzeugen haben seit Beginn der Anwendung des FHA um 244 % zugenommen und machen 13 % der EU-Gesamtausfuhren nach Korea aus. Die Kfz-Einfuhren aus Korea sind um 53 % gestiegen, was einem Anteil von 10 % der EU-Gesamteinfuhren aus Korea entspricht.

Auch die EU-Ausfuhren von Dienstleistungen nach Korea haben seit Beginn der Anwendung des FHA um 49 % zugenommen, wenngleich im Jahr 2015 ein Rückgang der Exporte um 7 % zu verzeichnen war. Auch die Dienstleistungseinfuhren aus Korea haben sich um insgesamt 32 % erhöht, im Jahr 2015 um 7,3 %.

2.2. Freihandel fördert die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit

Die oben beschriebenen, positiven Effekte für das Wirtschaftswachstum entstehen insbesondere auch durch die Steigerung der Produktivität aufgrund des erhöhten Wettbewerbs durch den internationalen Handel⁴.

Eine Studie⁵ mit 138 Ländern kam beispielsweise zu dem Ergebnis, dass erhebliche, positive Produktivitätsgewinne der Handelsoffenheit zugeschrieben werden können und dass eine Öffnung des Handels um 1 % die Produktivität langfristig um 1,23 % steigert. In einer anderen Studie⁶ wurde zudem nachgewiesen, dass 1 % Zollsenkung auf Vormaterialien, die in einem Wirtschaftssektor gebraucht werden, die Produktivität in diesem Sektor um 2 % verbessert. Weitere Studien zu einzelnen Ländern belegen darüber hinaus sektorspezifische Produktionssteigerungen durch Handelsoffenheit, sowohl in entwickelten, als auch in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Diese positiven Effekte des Freihandels auf die Produktivität sind grundsätzlich darauf zurückzuführen, dass Unternehmen im internationalen Wettbewerb durch technologische Entwicklungen sowie durch Prozessinnovationen ihre Produktionskosten optimieren sowie neue bzw. verbesserte Güter und Dienstleistungen auf den Markt bringen. Zudem können Unternehmen durch Einfuhren günstigere bzw. auf dem nationalen Markt nicht erhältliche Produktionsmaterialien beziehen. Eine Folge des intensiveren, internationalen Wettbewerbs ist, dass die produktiveren Firmen davon profitieren, während die nicht wettbewerbsfähigen Unternehmen aus dem Markt ausscheiden. Das führt dazu, dass die Ressourcen einer Volkswirtschaft im Zuge eines strukturellen Anpassungsprozesses effektiver eingesetzt werden und die Wirtschaft als Ganzes produktiver wird. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen können dann zur weiteren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, beispielsweise Investitionen in die Forschung, oder für die Einstellung neuer Mitarbeiter oder Lohnerhöhungen genutzt werden.

⁴ vgl. IWF, Weltbank, WTO (2017), „Making Trade an Engine of Growth for All. The Case for Trade and for Policies to Facilitate Adjustment“

⁵ Alcalá, F. and Ciccone, A. 2004. "Trade and Productivity," The Quarterly Journal of Economics, 119.

⁶ Ahn, J., Dabla-Norris, E., Duval, R., Hu, B., and Njie, L. 2016. "Reassessing the Productivity Gains from Trade Liberalization," International Monetary Fund Working Paper No. 16/77.

Ein gutes Beispiel dafür ist Neuseeland, dessen Wirtschaft stark von der Landwirtschaft geprägt ist. Die Regierung des Landes schaffte 1984 in einer großen Reform alle Subventionen für die bis dahin staatlich unterstützte Branche ab und öffnete konsequent den neuseeländischen Markt. Importzölle wurden deutlich gesenkt, Importlizenzen abgeschafft. Heute ist die neuseeländische Landwirtschaft wettbewerbsfähiger denn je.

Globale Märkte mit einer Vielzahl potenzieller Kunden bieten insbesondere für kleine innovative Startups besonders große Erfolgchancen, deren Produktideen erst den Markttest bestehen müssen. Mehr als 80 Prozent der technikbasierten Start-ups werden bereits „global“ geboren, d.h. sie haben vom ersten Tag an ausländische Kunden, Lieferanten oder werden mit Mitteln aus dem Ausland finanziert.

2.3. Freihandel hat existenzielle Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsmodell

Deutschland ist unbestreitbar eine Außenhandelsnation. Deutsche Unternehmen haben im Jahr 2016 Waren im Wert von gut 1,2 Billionen Euro ins Ausland verkauft. Mit 250 Milliarden Euro war der Außenhandelsüberschuss Deutschlands weltweit der größte. Drei von vier Autos, die 2016 in diesem Land produziert wurden, gingen beispielsweise ins Ausland. Rund die Hälfte der bundesdeutschen Wertschöpfung stammt bereits aus dem Export von Waren und Dienstleistungen. Der Anteil der Exporte am deutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP), die so genannte Exportquote, lag im Jahr 2017 bei über 47 %.

Der Wohlstand Deutschlands und der Europäischen Union beruht auf einem freien und offenen Welthandel. Von Deutschlands 25 wichtigsten Handelspartnern gehören zehn nicht der EU an. Unsere Wirtschaft ist wie kaum eine andere in die globalen Wertschöpfungsketten und Warenströme eingebunden.

Dies kann man auch an der besonderen Bedeutung von Importen für Deutschland sehen. Die Importquote liegt seit mehreren Jahren bei rund 40 %. Der ungehinderte Zugang zu Importgütern ist nicht nur wichtig aufgrund unserer besonderen Abhängigkeit von Rohstoffen, sondern auch entscheidend für den weiteren Erfolg auf den Weltmärkten: Im Durchschnitt beträgt der Importanteil an den deutschen Exporten schon 43%.

In der Bundesrepublik hängt jeder vierte Arbeitsplatz mittlerweile direkt vom Außenhandel ab. Rund 15 Millionen Arbeitsplätze sind direkt oder indirekt auf den Außenhandel angewiesen. Gemäß einer aktuellen Studie der Universität Chicago wäre das reale Pro-Kopf-Einkommen der Deutschen um bis zu 50 Prozent niedriger, wenn das Land keinen Zugang zu internationalen Märkten hätte.

2.4. Freihandel stärkt bestehende und schafft neue Arbeitsplätze

Offene Märkte sind nicht nur für den deutschen Arbeitsmarkt von elementarer Bedeutung. Das gilt auch für die Europäische Union: Dort hängen 31 Millionen Arbeitsplätze vom Export ab. Das entspricht fast jedem siebten Arbeitsplatz in Europa.

Auch die wirtschaftswissenschaftliche Theorie untermauert die grundsätzlich positive Wirkung des Freihandels für die Beschäftigung. Eine Studie⁷ des ifo-Instituts hat detaillierte Daten aus zwanzig Jahren und rund hundert Industrie-

⁷ European Economic Review, 2011, vol. 55, issue 6, 741-758

Schwellen und Entwicklungsländern analysiert und festgestellt: Steigender Außenhandel senkt grundsätzlich die Arbeitslosigkeit, anstatt sie zu steigern. Wenn der Anteil der In- und Exporte an der Wirtschaftsleistung um zehn Prozentpunkte wächst, dann geht im Durchschnitt die Arbeitslosenquote um einen Dreiviertelprozentpunkt zurück. Durch den Handel entstehen also offenbar mehr neue Stellen, als dass bestehende Arbeitsplätze verschwinden.

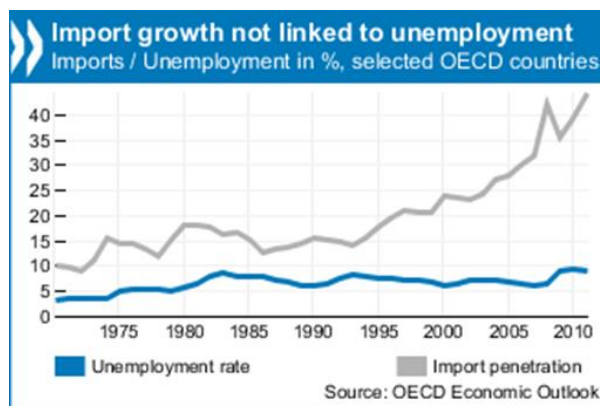
Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die von der OECD angeführte International Collaborative Initiative on Trade and Employment (ICITE), mit u.a. der ILO, UNCTAD, Weltbank und der WTO, in einen umfassenden Bericht aus dem Jahr 2012. Dort wird betont, dass Wachstum durch Handel ein inklusiveres Wachstum bedeutet, wenn der Handel von der richtigen, unterstützenden Politik flankiert wird.

“Trade is not taking jobs out of developed countries. Firms from developing countries are now creating employment in developed economies.” Prof. Jagdish Bhagwati, Columbia University

Freihandel sorgt zudem für bessere Löhne. Laut der OECD unterstützt internationaler Handel die Schaffung besser bezahlter Arbeitsplätze insbesondere für Fachkräfte in exportorientierten Sektoren. Zwischen den Jahren 1970 und 2000 haben Industriearbeiter in offenen Volkswirtschaften von Gehaltszahlungen profitiert, die je nach Region 3- bis 9-mal höher waren als diejenigen in geschlossenen Volkswirtschaften.⁸ Dieses Prinzip gilt auch innerhalb der Wirtschaft eines Landes: Im Jahr 2008 haben in Chile die Beschäftigten in den Wirtschaftssektoren mit der größten Offenheit durchschnittlich 25 % mehr verdient als ihre Kollegen, die in Sektoren arbeiteten, die eine geringe Offenheit vorweisen konnten.⁹

Außerdem konnte festgestellt werden, dass offene Volkswirtschaften tendenziell bessere Arbeitsbedingungen aufweisen als geschlossene Volkswirtschaften.¹⁰

2.5. Freihandel vergrößert die Produktvielfalt und Qualität



⁸ Flanagan, R. J. and Khor N, in OECD (2012), Policy Priorities for International Trade and Jobs

⁹ Friedman, J. et al., "Openness, Wage Gaps and Unions in Chile: A Micro Econometric Analysis", in OECD (2012), Policy Priorities for International Trade and Jobs

¹⁰ Flanagan, R.J. (2006), „Globalization and Labor Conditions, Oxford University Press, Oxford

Verbraucher profitieren vom Freihandel, da er für eine größere Produktvielfalt sorgt. Handelsbarrieren würden diese Vielfalt einschränken – und damit die Lebensqualität senken. Produktvielfalt und größere Auswahlmöglichkeiten infolge offener Märkte sind jedoch nicht nur für den Verbraucher von großer Bedeutung, sondern auch für Unternehmen, die zunehmend auf Importe angewiesen sind. Die oben schon erwähnte Importquote in Höhe von rund 40 % belegt dies eindrucksvoll.

Zudem führt der freie Handel dazu, dass hochwertigere Produkte zur Auswahl stehen. Untersuchungen für das Vereinigte Königreich zeigen beispielsweise, dass sich infolge der von der EU abgeschlossenen Freihandelsabkommen die Qualität der dort angebotenen Produkte um rund ein Viertel verbessert hat.¹¹ Eine weitere Studie für die gesamte EU aus dem Jahr 2017 untermauert dies, indem sie einen Qualitätszuwachs in Höhe von 7 % infolge der EU-Freihandelsabkommen feststellt.¹²

2.6. Freihandel verschafft Verbrauchern niedrigere Preise

Die Senkung von Handelsbarrieren macht Produkte billiger und spart Konsumenten viel Geld. Dafür gibt es maßgeblich zwei Gründe: Unternehmen haben niedrigere Kosten und können ihre Produkte günstiger anbieten, da sie weniger Geld für Zölle aufwenden müssen. Als Resultat der relativ offenen Handelspolitik der Europäischen Union haben die Konsumenten in der EU derzeit zollfreien Zugang zu rund 76 % aller Importe. Zudem sorgt der intensivere Wettbewerb unter den Unternehmen infolge des Freihandels dafür, dass die Firmen effizienter arbeiten und ihre Produkte attraktiver gestalten. Auch dies kann sich schließlich für Endkunden in geringeren Preisen niederschlagen. Beispielsweise kam es infolge der Reduktion der Handelsschranken für elektronische Produkte zu deutlichen Preissenkungen: So sank zwischen den Jahren 1980 und 2014 der Preis für Fernsehgeräte um 73 % und der Preis für Mikrowellen um 93 %.

Davon profitieren nicht nur die Verbraucher in Industrieländern: Beispielsweise hat die Handelsliberalisierung in Indien die Konsumgüter um 18 % verbilligt, wobei die größten Preisreduktionen in den am stärksten liberalisierten Sektoren stattfanden.¹³

Die Lebenshaltungskosten der Verbraucher werden stark vom Freihandel beeinflusst, wobei insbesondere einkommensschwächere Haushalte besonders von geringeren Preisen infolge des Handels profitieren. Diese Haushalte geben einen größeren Anteil ihres Einkommens für gehandelte Güter aus, wie z.B. Essen, Getränke oder Kleidung, als einkommensstärkere Haushalte. Eine Studie über den Effekt handelsinduzierter Preisunterschiede auf die Einkommen in 40 verschiedenen Ländern belegt, dass eine Handelsabschottung ganz besonders einkommensschwache Haushalte treffen würde.¹⁴ Für Deutschland würde der Wegfall von internationalem Handel für das einkommensschwächste Zehntel der Bevölkerung eine Reduktion des verfügbaren Einkommens um 65 % bedeuten, während die einkommensstärksten Haus-

¹¹ Breinlich, H., Dhingra, S. and Ottaviano, G. (2016) "How have EU's trade agreements impacted consumers", CEP Discussion Paper No. 1417, London

¹² Berlingieri, G., Breinlich, H. and Dhingra, S. (2017) The impact of trade agreements on consumer welfare – evidence from the European Union's common external trade policy, Journal of the European Economic Association

¹³ De Loecker, J., Goldberg, P.K., Khandelwal, A., and Pavcnik, N. 2016. "Prices, Markups and Trade Reform," *Econometrica*, 84.

¹⁴ Fajgelbaum, P. und Khandelwal, A. (2016), „Measuring the Unequal Gains from Trade“, *The Quarterly Journal of Economics*, 131, 3, S. 1113-1180

halte lediglich 22 Prozent des verfügbaren Einkommens einbüßen würden. Der Medianhaushalt würde 46 % und der durchschnittliche deutsche Haushalt 27 % des zur Verfügung stehenden Einkommens lediglich aufgrund erhöhter Güter- und Dienstleistungspreise verlieren.

2.7. Mittelstand profitiert besonders vom Abbau von Handelsbarrieren

Nicht die großen Konzerne, sondern vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren vom Abbau von Handelsschranken am meisten. Dabei würde ihnen nicht nur ein Zollabbau, sondern auch ein weitgehender Abbau der sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse zugutekommen. Denn sie verfügen über wesentlich weniger Ressourcen um mit solchen, oft komplexen, Regeln fertig zu werden. Bei diesen Kosten für beispielsweise unnötig unterschiedliche Standards, Zertifikate und Anmeldeverfahren handelt es sich um Fixkosten, die unabhängig von der Unternehmensgröße anfallen. Gerade multinationale Konzerne haben hingegen in der Regel die Möglichkeiten, um sich in verschiedenen Märkten mit komplexen Regulierungssystemen zurechtzufinden oder in den Zielmärkten eine eigene Fertigung aufzubauen.

2.8. Freihandelsabkommen können für den Schutz regionaler Produkte weltweit sorgen

Schwäbische Spätzle, Nürnberger Lebkuchen, Parmaschinken, holländischer Gouda sind weit über die Grenzen der Europäischen Union hinaus bekannt, die traditionelle und regionale Lebensmittelerzeugnisse mit einem Siegel schützt und fördert. Damit versucht die Union die Einzigartigkeit der Produkte, die auf deren Herkunft und einer bestimmten Herstellungsweise beruht, zu erhalten. Viele Hersteller lassen ihre regionale Spezialität im Register der EU eintragen und damit vor Nachahmung schützen.

Freihandelsabkommen ermöglichen es der Europäischen Union, diesen Schutz dieser geografischen Herkunftsbezeichnungen und traditioneller Spezialitäten auch auf Drittländer auszudehnen. Dort haben sich Nachahmer-Produkte mit europäischem Namen etabliert, zum Beispiel Champagner, der in den USA abgefüllt wurde – und nicht in Frankreich. Hersteller regionaler Produkte haben über Freihandelsabkommen die Möglichkeit, neue Märkte zu erschließen und müssen nicht befürchten, mit beispielsweise „Original Nürnberger Rostbratwürstchen“ aus Kentucky zu konkurrieren. Dass EU-Produkte jetzt auch außerhalb der EU geschützt sind, hat die EU zum Beispiel in Handelsabkommen mit Kanada, Korea und Singapur durchgesetzt.

2.9. Die Globalisierung in Form des Handels schafft Wohlstand in der Welt und trägt maßgeblich zur Armutsbekämpfung bei

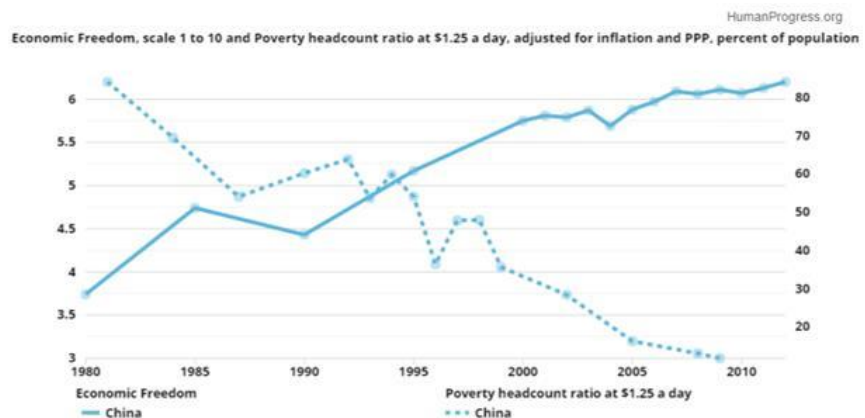
Die im Zuge der Globalisierung gewachsene Liberalisierung des Handels hat weltweit für Wachstum gesorgt und auf diese Weise Arbeitsplätze geschaffen. Laut der Prioritätenliste des *Copenhagen Consensus* mit den Nobelpreisträgern Finn Kydland und Thomas Schelling ist freier Welthandel sogar die effektivste Maßnahme mit dem bei weiten besten Verhältnis von Kosten und Nutzen, um das Leben vieler Menschen in der Welt zu verbessern.¹⁵ Zum Beispiel würde die vollständige Umsetzung der WTO-Doha-Runde nach den Berechnungen der Forscher bis zum Jahr 2030 rund 160 Millionen Menschen weltweit aus extremer Armut heben.

¹⁵ <http://www.copenhagenconsensus.com/post-2015-consensus/trade>

Ein dramatischer Anstieg der Beteiligung von Entwicklungsländern am internationalen Handel geht Hand in Hand mit einem ebenfalls starken Fall der extremen Armut weltweit. Im Jahr 2015 kommen die Entwicklungsländer auf einen Anteil am Welthandel in Höhe von 48 %. Im Jahr 2000 war es lediglich ein Anteil von 33 %. Insbesondere jene Entwicklungsländer, die sich ohne Vorbehalte dem Welthandel geöffnet haben, konnten ein erhebliches Wirtschaftswachstum verzeichnen und so das Einkommen ihrer Bürger erhöhen.

Wirtschaftswachstum durch Handel hat dazu beigetragen, hunderte Millionen Menschen aus der Armut zu befreien: Der Anteil der Weltbevölkerung, welcher von weniger als 1,9 USD1 pro Tag leben muss, hat von 34,8 % (1990) auf 10,7 % (2013) abgenommen. In absoluten Zahlen bedeutet dies eine Reduktion um über 1 Mrd. von 1,84 Mrd. auf 744 Mio. Menschen, wobei der Großteil dieser Armutsreduktion in China stattfand.

Das Land ist ein gutes Beispiel für die wachstumsfördernde Wirkung von Marktöffnung, denn die Armutsreduktion ging in Chinas einher mit einer Öffnung der Wirtschaft: Nach dem Beitritt des Landes zur WTO im Jahr 2001 fiel der Durchschnittszoll Chinas von rund 40 % im Jahr 1985 auf unter 10 % heutzutage.



Der *World Economic Freedom Index* bestätigt diesen grundsätzlichen Zusammenhang von wirtschaftlicher Freiheit und allgemeinem Wohlstand: „Die freiesten 25 % aller Länder wiesen 2015 ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 42,463 Dollar auf, die unfreiesten 25 % dagegen kamen nur auf 6,036 Dollar. Die ärmsten 10 % der Bevölkerung in den freiesten Ländern erwirtschafteten ein Pro-Kopf-Einkommen von 11,998 Dollar, was deutlich über dem Gesamtdurchschnittseinkommen in den unfreiesten Ländern liegt¹⁶.“

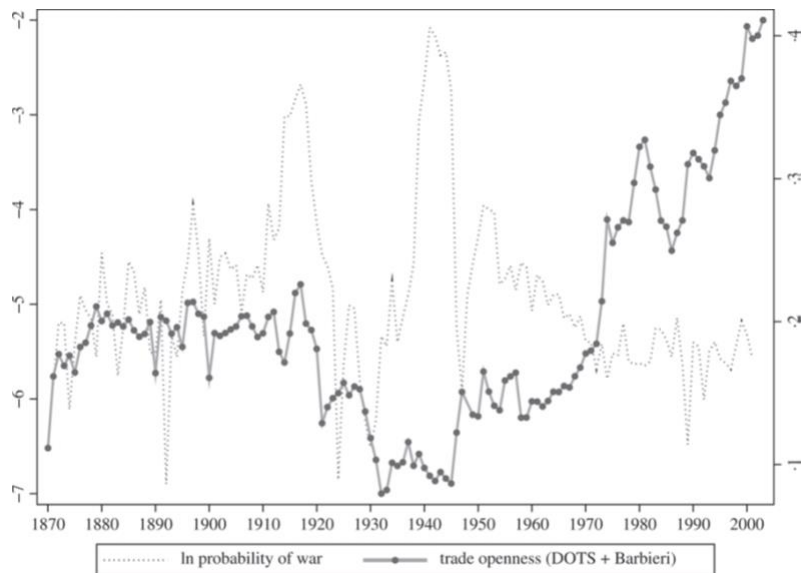
Wirtschaftswachstum durch Freihandel ist nicht in allen Fällen eine Garantie dafür, dass sich die Armut verringert und sich die Lebenssituation aller in dem Partnerland lebenden Menschen verbessert. Vereinzelt hat die Handelsliberalisierung sogar dazu geführt, dass sich Lebensumstände verschlechtert haben. Auch diese Fälle sollten angesprochen werden, sollten aber nicht dazu instrumentalisiert werden, die grundsätzlich positive Wirkung von freiem Handel zu diskreditieren. Oft sind dabei auch nicht die Effekte der Marktöffnung entscheidend, sondern das Problem besteht in der mangelnden Teil-

¹⁶ Economic Freedom of the World - 2017 Annual Report

habe der jeweiligen Bevölkerung einer Nation an dem durch Freihandel erwirtschafteten Wohlstand. Offene Gesellschaften sollten inklusive Gesellschaften sein, in denen die Gewinne des Wachstums allen Bürgern zu Gute kommen. Eine Abkehr vom Handel wäre allerdings keine Lösung und würde in diesem Fall nur weniger Wohlstand zufolge haben und die Situation insgesamt verschlechtern.

2.10. Freihandel fördert den Frieden zwischen Nationen

Intensive Wirtschaftsbeziehungen wirken wie ein Friedensprogramm. Je mehr Völker und Staaten über den Handel miteinander verbunden sind, umso unwahrscheinlicher wird es, dass sie miteinander Krieg führen. Der Handel steigert die gegenseitige Abhängigkeit und durch die wirtschaftliche Verflechtung entsteht in der Bevölkerung ein immer größerer Widerstand gegen Konflikt und Krieg. Wer miteinander Handel treibt, bleibt im Gespräch und versucht Konflikte auf friedlichem Wege beizulegen. Keiner hat ein Interesse daran, aufgrund politischer Aggressionen seine Waren nicht mehr verkaufen oder andere Waren nicht mehr zu günstigen Preisen erwerben zu können.



Die sogenannte "Big Mac Theory" von Thomas L. Friedman, eines Kolumnisten der New York Times, verdeutlicht dies treffend auf humoristische Art: „No two countries that both have a McDonald's have ever fought a war against each other“.

Das beste Beispiel für die friedensstiftende Wirkung von freiem Handel ist der europäische Binnenmarkt. Aber auch die schnelle Versöhnung der im Zweiten Weltkrieg besiegten Länder Deutschland und Japan mit dem Westen ist zu einem großen Teil aus wirtschaftliche Freiheit und Freihandel zurückzuführen.

Da Freihandel zu wirtschaftlicher Stabilität und Beschäftigung beiträgt, ist er auch ein wesentlicher Faktor für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und die damit einhergehende innen- und außenpolitische Stabilität eines Landes.

Smoot-Hawley Tariff Act

Das Gesetz aus dem Jahr 1930 ist dafür ein Paradebeispiel, wie der Protektionismus schon einmal dem Totalitarismus und dem Krieg den Weg ebnete: Mit dem *Smoot-Hawley Tariff Act* führten die USA die Aufhebung der Meistbegünstigungsklauseln in fast allen Industrieländern herbei. Die Folge war ein auf nationalen Egoismen beruhender internationaler Handelskrieg, der dazu führte, dass das Gesamtvolumen des Welthandels 1938 um 60% unter dem von 1929 lag. Die so hervorgerufene Verschärfung der Wirtschaftsdepression trug entscheidend zum Aufstieg des Totalitarismus in Europa und zum Weltkrieg bei.

3. Minderung der negativen Auswirkungen des Freihandels (auf die Beschäftigung)

Der strukturelle Wandel infolge von Freihandel führt dazu, dass nicht alle Wirtschaftsbranchen gleichermaßen von der Öffnung der Märkte profitieren. Wie oben schon angesprochen, ist eine Folge des intensiveren, internationalen Wettbewerbs, dass nicht wettbewerbsfähige Unternehmen aus dem Markt ausscheiden und dort Arbeitsplätze verloren gehen. Bestehende Marktpositionen werden infrage gestellt und die neue Konkurrenz kann dazu führen, dass bestehende Geschäftsmodelle nicht mehr tragen. Bestehende Qualifikationen können dann nicht mehr ausreichen, um eine neue Beschäftigungschance in einem anderen Unternehmen zu bekommen.

Strukturelle Änderungen entstehen allerdings auch durch eine Vielzahl von Entwicklungen. Darunter fallen neben der Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen, den demographischen Entwicklungen, der Änderung von Konsumpräferenzen und Effekte des internationalen Handels insbesondere die Auswirkungen des technologischen Wandels. Wenn manche Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren gehen, hat das heutzutage oft mehr mit der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung zu tun als mit dem Freihandel. Für die kommenden Jahre bis 2030 rechnen beispielsweise Forscher an der Universität Oxford damit, dass rund 47 Prozent aller Arbeitsplätze in den USA der Automatisierung zum Opfer fallen könnten.¹⁷ Die meisten Studien, welche die relativen Anteile von technologischen Wandel und internationalem Handel an den Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte analysieren kommen zum Schluss, dass der Großteil der Störungen auf den Arbeitsmärkten durch den technologischen Wandel hervorgerufen werden. Das ist sicherlich die wahre Herausforderung, der sich die Arbeitsmarktpolitik in allen industrialisierten Ländern stellen muss.

Freihandel sollte möglichst so ausgestaltet werden, dass seine positive Wirkung schnell spürbar wird. Es ist daher wichtig, dass die Verlierer des Freihandels Unterstützung erfahren. Die negativen Effekte der Anpassungsprozesse können für Regionen und insbesondere gering-qualifizierte Arbeitnehmer bei verspäteten bzw. versäumten Politikmaßnahmen merklich und langanhaltend sein. Dies ist besonders dann der Fall, wenn Arbeitnehmer nur eingeschränkt mobil sind und es eine Diskrepanz zwischen erworbenen und nachgefragten Qualifikationen am Arbeitsmarkt gibt.

¹⁷ Frey/Osborne, „The Future of Employment: How susceptible are Jobs to Computerisation?“
<https://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/publications/view/1314>

Von Deutschlands *Sozialer Marktwirtschaft* kann man lernen, dass eine liberale Handelspolitik erfolgreich sein kann, die frühzeitig auch diejenigen innerhalb der Gesellschaft unterstützt, die nicht automatisch zu den Gewinnern der Globalisierung zählen.

Arbeitsmarktpolitik spielt dabei eine Schlüsselrolle, um für die betroffenen Bevölkerungsteile die möglichen Kosten zu minimieren, welche durch die Neustrukturierung der Wirtschaft infolge von technologischem Wandel sowie internationalem Handel entstehen. Besonders eine gute und vorausschauende *Aktivierende Arbeitsmarktpolitik* kann die Kosten und die in Arbeitslosigkeit verbrachte Zeit im Zuge der Anpassungsprozesse reduzieren. Zudem ist eine Bildungspolitik erforderlich, die Personen mit den richtigen Fertigkeiten ausstattet. Studien deuten darauf hin, dass nicht nur fachspezifische, sondern auch „*soft skills*“, kognitive und nicht-kognitive Schlüsselqualifikationen essenziell sind, um Arbeitsmobilität zu unterstützen.

Eine Antwort auf die Auswirkungen der strukturellen Anpassungen könnte in dem ganzheitlichen Ansatz *Flexicurity* liegen. *Flexicurity* stellt nicht Arbeitsplatz-, sondern Beschäftigungssicherheit in den Mittelpunkt und beruht auf vier tragenden Säulen: Einem Arbeitsrecht, das den Zugang zum Arbeitsmarkt fördert; einer effektiven und aktivierenden Arbeitsmarktpolitik; Förderung des lebenslangen Lernens, das die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer sichert sowie effektive und nachhaltige soziale Sicherungssysteme.

Ein weiteres Instrument um negative Folgen des Freihandels auf die Beschäftigung zu mindern, könnte der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) sein. Er soll Arbeitnehmern helfen, wenn sie infolge von Veränderungen des Welthandelsgefüges (z. B. Schließung eines großen Unternehmens oder Verlagerung einer Produktionsstätte außerhalb der EU) ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Der EGF verfügt im Zeitraum 2014–2020 über ein maximales Jahresbudget von 150 Millionen Euro. Aus diesem Fonds können derzeit bis zu 60 % der Kosten von Projekten bestritten werden, die entlassenen Arbeitnehmern helfen können, einen neuen Job zu finden oder ihr eigenes Unternehmen zu gründen.

Trotz seines Potentials als Handelsanpassungsinstrument wird der EGF heutzutage nur relativ wenig von den EU-Mitgliedsstaaten genutzt. Dabei könnte er bei einer richtigen Ausgestaltung eine wichtige Rolle spielen, um gegen Beschäftigungsverluste vorzugehen sowie dringend benötigten Arbeitskräften den Übergang von einem wenig wettbewerbsfähigen auf einen wettbewerbsfähigeren Sektor zu erleichtern. Der intelligentere Einsatz eines solchen Instruments könnte auch maßgeblich dazu beitragen, eine glaubwürdige Antwort auf die ansteigenden, protektionistischen Tendenzen zu geben, die durch den freihandelsbedingten Verlust von Arbeitsplätzen verstärkt werden.

4. Freihandel und Nachhaltigkeit

Laut dem Lissabon-Vertrag der EU muss Nachhaltigkeit mit ihrer wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Dimension in allen EU-Politikbereichen durchgängig berücksichtigt werden. Dazu zählen neben der Außenpolitik auch internationale Handelsverträge. In den vergangenen Jahren sind daher moderne Freihandelsabkommen abgeschlossen worden, die Nachhaltigkeitskapitel zu Umwelt- und Sozialstandards enthalten sowie mit Instrumenten zur Folgenabschätzung und Wirkungsbeobachtung flankiert wurden. Damit unterstützt die EU die Umsetzung internationaler Verpflichtungen, die sich etwa aus Abkommen zur internationalen Arbeitsorganisation oder aus UN-Umweltabkommen ergeben.

Freihandelsabkommen können hohe Nachhaltigkeitsstandards weltweit fördern. Sozial- und Umweltdumping, beispielsweise durch eine Unterbietung bei Arbeitslöhnen oder Umweltauflagen, werden in modernen EU-Abkommen ausdrücklich untersagt. Zum Teil sind spezielle Regelungen zur umsichtigen Nutzung natürlicher Ressourcen wie Fischbestände und Holz sowie gegen Korruption enthalten. Die internationale Arbeitsorganisation ILO hat im Jahr 2016 die Rolle von arbeitsrechtlichen Bestimmungen in internationalen Handels- und Investitionsabkommen untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Handelsabkommen mit arbeitsrechtlichen Bestimmungen die Erwerbsquoten erhöht hätten, insbesondere die von Frauen. Zudem habe die Einbeziehung von arbeitsrechtlichen Bestimmungen keinen Einfluss auf das Ausmaß gehabt, in dem der Handel unter dem neuen Handelsabkommen zugenommen hat.

Aber auch durch einseitige Handelsliberalisierung trägt die EU dazu bei, dass beispielsweise Arbeitnehmerrechte stärker geachtet und umweltfreundliche Technologien häufiger genutzt werden können. So genießen Entwicklungsländer etwa unter dem Allgemeinen Präferenzsystem der EU besondere Zollvorteile für ihre Exporte nach Europa, wenn sie die zentralen internationalen Vereinbarungen zu Menschen- und Arbeitsrechten, Umweltschutz und guter Regierungsführung angenommen haben und umsetzen. Mit der jüngsten Mitteilung „Handel für alle“ von Ende 2015 äußerte die EU-Kommission die Absicht, die europäischen Handelsabkommen und Präferenzsysteme noch mehr als Hebel einzusetzen zu wollen, um weltweit die eigenen Werte wie Arbeits- und Umweltschutz, Menschenrechte, fairen und ethischen Handel sowie die Bekämpfung der Korruption zu fördern.

Die Notwendigkeit, dass Sozial- und Umweltstandards weltweit entschlossener umgesetzt werden, ist unbestritten. Der BGA unterstützt dieses Ziel ausdrücklich. Es sollte hierbei allerdings beachtet werden, dass die Einbettung dieser Themen so ausgestaltet wird, dass der Schwerpunkt von Handelsabkommen in den Verhandlungen nicht zu weit von anderen Themenfelder überdeckt wird, die mit dem Austausch von Waren und Dienstleistungen nur sehr mittelbar zu tun haben.

Es sollte unbedingt vermieden werden, die Liberalisierung des Handels dazu zu missbrauchen, einem Handelspartner seine eigene Anschauung und Standards aufzuoktroieren. Besonders im Fall von Schwellen- und Entwicklungsländern könnte der Eindruck eines westlichen Überlegenheitsanspruchs entstehen. Es sollte klar sein, dass es sich bei der Etablierung und Einhaltung dieser Standards um eine interne hoheitliche Aufgabe des jeweiligen Landes im Rahmen seiner Souveränität handelt. Jedes Land sollte grundsätzlich dafür verantwortlich sein, seinen eigenen Entwicklungspfad zu entwerfen und zu definieren, welche Rolle Handelspolitik dabei spielen soll.

Konterkariert werden Handelsabkommen auch, wenn zwar Zölle beseitigt werden, dieser Effekt aber gleichzeitig zunichte gemacht wird, indem der Handel durch erhebliche Nachweispflichten oder Zertifizierungsanforderungen für Unternehmen eingeschränkt wird. Nachhaltigkeitskapitel in Freihandelsabkommen müssen derart gestaltet sein, dass es nicht möglich ist, sie für protektionistische Ziele zu missbrauchen.

Der BGA lehnt Wirtschaftssanktionen ab, die die Einhaltung von Standards erzwingen sollen. Sie stellen einen erheblichen Eingriff in die Rechtssysteme von Drittstaaten dar und es ist nicht auszuschließen, dass sie weit mehr Schaden anrichten als denjenigen, die die Nachhaltigkeitsstandards verletzt haben. Die Gefahr ist groß, dass Sanktionen bei einem (behaupteten) Verstoß gegen konkrete Kriterien eines Nachhaltigkeitskapitels Wirtschaftsbeteiligte treffen, die mit dem (behaupteten) Verstoß nichts zu tun haben. Dies wäre

zum Beispiel der Fall, sollte man als Sanktion Vereinbarungen für den betroffenen Sektor, oder sogar das ganze Abkommen suspendieren. Unbeteiligte Wirtschaftsteilnehmer würden insbesondere auch dann in Mitleidenschaft gezogen, wenn als Sanktion Präferenzen bei konkreten Zolltariflinien ausgesetzt werden würden, die mit dem Verstoß nichts zu tun haben aber von dem zu sanktionierenden Land besonders stark genutzt werden.

Die Einführung eines Sanktionsmechanismus mit den damit verbundenen Risiken ist auch vor dem Hintergrund unangebracht, dass die Analyse der ILO von 260 Handelsabkommen belegt, dass ein solch konfrontativer Ansatz mit Sanktionen nicht effektiver ist, als das aktuell von der EU genutzte System, um Arbeits- und Umweltverpflichtungen durchzusetzen.

Für viele Partner der EU ist der Handel eine Chance für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Wird der Marktzugang zur EU beschränkt, bedeutet dies weniger Absatzmöglichkeiten und somit auch weniger Produktion und Arbeitsplätze. Der BGA unterstützt daher einen kooperativen Ansatz, der auf Dialog und Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten setzt. Ein solcher Ansatz berücksichtigt die jeweilige Situation der Partnerländer und ermöglicht Abkommen auf Augenhöhe.

5. Ausblick

Die Handelsliberalisierung im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO und durch Freihandelsabkommen muss weiter vorangetrieben werden. Dabei wäre die beste Lösung eine Einigung der WTO-Mitglieder auf die aktuell diskutierten Vertragsänderungen, also der Abschluss der sogenannten Doha-Runde.

Der letzte G7-Gipfel in Kanada hat allerdings gezeigt, dass ein bedingungsloses Bekenntnis aller großen Industrienationen zu einem offenen, regelbasierten Handel sowie gegen Protektionismus in all seinen Formen nicht mehr selbstverständlich ist. Die zahlreichen, protektionistischen Alleingänge bestimmter Länder führen deutlich vor Augen, wie notwendig es ist, den regelbasierten Handel im Rahmen der WTO weiter zu stärken. Nur die Welthandelsorganisation schafft und überwacht die Rahmenbedingungen, unter denen sich ein freier Welthandel vollziehen kann. Dafür bedarf es eines funktionierenden Streitschlichtungsmechanismus sowie einer Reform, die dem Missbrauch der globalen Handelsregeln durch einzelne WTO-Mitglieder einen Riegel vorschiebt. Ein starkes multilaterales Handelssystem ist die einzige Lösung, um den protektionistischen Bestrebungen entgegenzutreten.

Es ist zudem notwendig, dass Regierungen auf nationaler Ebene wesentlich größere Anstrengungen unternehmen, die Vorteile des freien Handels und offener Märkte besser zu erklären. Anstatt sich in einem inhaltslosen Konzept des „fairen Handels“ zu verlieren oder gar damit versteckten Protektionismus zu betreiben, sollte sich die Politik für einen Freihandel mit sozialem und umweltverträglichem Charakter einsetzen. Die notwendigen Leitplanken dafür dürfen allerdings nicht national, sondern sollten im Rahmen internationaler Organisationen wie der ILO oder WTO gemeinschaftlich festgelegt werden.

„Der Geist der wirtschaftlichen Abschottung ist fast immer auch ein Geist der politischen, sozialen und kulturellen Abschottung.“ Otto Graf Lambsdorff, 2007